

GIMGruppe Internationale
Marxisten
IV. InternationaleKontakt und ViSdP:
[redacted], 42 Oberh. 1
[redacted], Tel. [redacted]

Farbe bekennen!

Diskussionsbeitrag
zur Kommunalwahl '84

„Bunte Liste“ - ein Schritt voran?

grün, al-
ternativ
& bunt

Die Krisenlasten sollen uns aufgebürdet werden; die Aufrüstung vergrößert die Kriegsgefahr. Um gegen diesen Druck Widerstand zu leisten, müssen wir die Zersplitterung unserer Kräfte überwinden. Die Wahlerfolge der Grünen und von Alternativen Listen haben viele beeindruckt. Im Vorfeld der Kommunalwahl '84 wurde so die Diskussion um breite Zusammenarbeit und alternative Wahlbündnisse in Oberhausen in Gang gebracht.

unvorbe-
reitet

Doch die Erfahrungen mit der zerfahrenen Politik der Grünen im Parlament oder mit anderen Listenverbindungen belegen: der alleinige Wunsch nach Einheit kann nicht die Klarheit im gemeinsamen Programm ersetzen. Ausgeklammerte Fragen, die heute zweit- oder drittrangig sind, können in unserer schnelllebigen und kurvenreichen Zeit buchstäblich über Nacht zu vorrangigen "Knackpunkten" werden, an denen sich die Geister scheiden. Zerrieben zwischen vermeintlichen Sachzwängen, Meinungsverschiedenheiten und Orientierungslosigkeit entwickeln die alternativen Parlamentsfraktionen binnen kurzem ein ba-

sisfernes Eigenleben.

prinzipi-
enlos

Die bisherige spärliche Praxis und die Verlautbarungen der "Bunten Liste" in Oberhausen lassen kaum hoffen, daß es mit ihr nicht mindestens ebenso schnell bergab gehen wird. Die Genoss/inn/en der DKP und DS haben sich erschreckend leichtfüßig um die neue bunte Fahne geschart. Sonst führten sie den Sozialismus noch manchmal im Munde. Jetzt wird dieser letzte Ballast abgeworfen, um den so heiß begehrten Sprung über die 5% Hürde zu schaffen. Die bürgerlichen Parlamente werden von ihnen nicht mehr angegriffen, weil sie Instrumente zur Entmündigung und Beherrschung der Bürger sind. Kritisiert wird lediglich noch, daß man sie nicht an der Handhabung dieses Instrumentes beteiligt.

brüchig

Merkwürdig farblos bleibt die "bunte Liste"; wenn man ihre Programmentwürfe auf eine solide Tragfähigkeit hin abklopft. Kaum eine Erklärung der Ursachen für die vielfältigen Mißstände wird versucht. Aus dem Allerlei der oft richtigen und unterstützenswerten Forderungen bleibt ausgeklammert, was strittig oder angeblich nicht kommunalpolitisch ist. Dunkel bleibt, wer diese Forderungen wie durchsetzen soll. Völlig unterschiedliche Vorstellungen, wo die Reise letztendlich hingehen soll, verstecken sich hinter blumigen Redewendungen über eine "neue Art der politischen Kultur".

besser als
nichts?

Trotz aller Bauchschmerzen bei der "Bunten Liste" hoffen manche dennoch, daß sich daraus ein Schritt nach vorne entwickeln wird. Doch nicht in den Parlamenten, sondern in der gemeinsamen Aktion ist der geeignete Platz, um die Zersplitterung solidarisch handelnd und diskutierend zu überwinden.

Bewußt beschränken wir uns darum in diesem Diskussionsbeitrag darauf, die Schwerpunkte dort zusetzen, wo wir die nächsten größeren

Auseinandersetzungen in Oberhausen vermuten. Zum anderen haben wir gerade solche Forderungen zusammengestellt, die beispielhaft unsere Kritik an der "Bunten Liste" verdeutlichen und in Richtung einer entwickelbaren sozialistischen Alternative weisen.

Oberhausen '84

Arbeits-
losig-
keit

Hinter dem traurigen Rekord von 13% Arbeitslosen am Jahresanfang verbergen sich 10 849 Einzelschicksale und Familien, die ins soziale Elend gestoßen wurden. Einen weiteren Anstieg auf 20% im Laufe des Jahres erwartet der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, Heinz Schleußer. In vielen Bereichen rollt die Entlassungswelle schleichend, aber dennoch relativ rasanter als in den drei beherrschenden Oberhausener Großbetrieben.

Babcock: 5000 Arbeiter und Angestellte sind hier beschäftigt. Noch. Aber der Konzern gerät immer tiefer in die Krise; ein großes Auftragsloch steht an. Das Programm der Konzernleitung: Kurzarbeit & Entlassungen, Abbau der betrieblichen Sozialeinrichtungen an 10 Punkten samt Schließung von Betriebs- teilen.

GHH: Europas größter Maschinenbaukonzern bäckt kleinere Brötchen. Den Schaden tragen auch hier die Beschäftigten. Den knapp 700 Entlassungen im

Jahre '83 sollen weitere hunderte folgen. Ein Ende ist nicht absehbar.

TNO: Von den 14 000 im Jahre 1961 blieben gerade noch 6300.

Beschäftigte. Mit der bevorstehenden Stilllegung der Grobblechstraße und der nachgeschalteten Anlagen stehen weitere 2300 auf

was tun

Eine Gruppe von sozialistischen Kolleg/inn/en & Gewerkschaftern bei GHH und Babcock gibt diese Betriebszeitung im jetzt im 3. Jahrgang heraus. Zu beziehen über die Kontaktadresse der GIM.

der Abschußliste. Den bedeutend verschlechterten Sozialplan diktiert der "Ungeist von Arbed-Saarstahl".

Besonders hart betroffen: Frauen (38,4%), weil sie mit den schlechtesten Chancen ins Rennen um die wenigen offenen Stellen gehen müssen; Jugendliche, weil sie ohne einen Ausbildungsplatz bzw. ohne Übernahme nach bestandener Prüfung gar nicht erst vom Start weg in eine Berufszukunft kommen; die älteren Kolleg/inn/en, weil sie durch jahrzehntelange Arbeit ausgelaugt nun von den Unternehmern und vom Arbeitsamt zum alten Eisen gezählt werden.

Sozialab-
bau und
Gemeinde-
finanzen

Der Rotstift der Stadträte setzt da an, wo sie am wenigsten Gegenwehr erwarten müssen, weil die Wehrlosesten getroffen werden: Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner. Von der Bundesregierung Kohl/Genscher und der Landesregierung Rau wird dazu der passende Rahmen gezimmert: Mit Bafög-Streichung, mit der Vorruhestandsregelung und der daraus entstehenden Senkung der Rente, mit immer schärfer gefaßter Berechtigung für Arbeitslosengeld und -hilfe. Jeder zehnte Arbeitslose in Oberhausen lebt bereits ganz oder teilweise von Sozialhilfe. Die von ihnen verschuldete Arbeitsmarktkatastrophe nutzen die Unternehmer, um betriebliche Leistungen abzubauen.

Rüstung

Zurecht fühlt sich die Mehrheit der Oberhausener durch die immer neuen Atomraketen und anwachsende Rüstungsverschwendung nicht beschützt, sondern bedroht. Gegen den Einsatz von Bundeswehr und NATO, ob hier im Lande oder in irgend einem anderen Winkel der Welt, helfen uns keine Bunker oder Katastrophenpläne der Stadt.

Jährlich werden über 600 junge Oberhausener in die Kasernen gezwungen, entrechtet, uniformiert, gedrillt und einer militaristischen Gehirnwäsche unterzogen. 60% davon

Frauen

kehren lediglich für kurze Wochenendbesuche zurück in den Familien-, Freundes- und Kollegenkreis, weil sie "heimatfern" hinter Mauern und Stacheldraht isoliert werden. Jungen Mädchen und Frauen wird zunehmend erschwert, aus den Fesseln der Kleinfamilie auszubrechen. Rechtliche Hürden, fehlende Beratungsstellen, Ärztewillkür und Demütigungen verstellen die freie und eigene Entscheidung, Kinder zu gebären oder nicht. Benachteiligung bei Bildung und Ausbildung, frauenfeindliche Vorgesetzte und Kollegen, immer rigorosere Streichungen bei gesellschaftlichen Dienstleistungen drängen sie in die - häufig unkritisch angenommene - Rolle der Mutter und abhängigen Haus- & Ehefrau.

Einwander-
er

Von Entlassungen und Ausweisung besonders bedroht, der wesentlichen Rechte beraubt und von fremdenfeindlichen Sprüchen und Aktionen verfolgt leben 18 000 Immigranten in Oberhausen. Der weibliche Anteil wird lediglich als familiäres Anhängsel behandelt; die Frauen erleiden so doppelte und dreifache Ausbeutung und Entrechtung.

Umwelt

Die plan- und zügellose Industrialisierung hat in den letzten 150 Jahren das Ruhrgebiet übel zugerichtet. Die Gesundheit der Menschen und ihre Lebenserwartung wird angegriffen. Der weitgehend ungehemmte Schadstoffausstoß läßt die Wälder in noch hunderten Kilometern Entfernung absterben. Trotz der ungeheuren Gefahren und allgemeinen Ablehnung lassen die Unternehmensleitungen von GHH und Babcock Anlagen für Atomkraftwerke in den Oberhausener Werkshallen bauen. Die Verhinderung ihrer Exports nach Argentinien und Brasilien erfordert die Verknüpfung von kommunalem und internationalem Umweltschutz.

Ursachen

Es genügt keinesfalls, nur die vielfältigen Angriffspunkte und Betroffenen der Krise auf-

zulisten. Wir müssen Roß und Reiter nennen. Wer ist verantwortlich? Wer soll die Folgen tragen? Was muß verändert werden?

Krise

Auf der einen Seite die Überkapazität der Betriebe mit weiteren Rationalisierungen, Kurzarbeit und Entlassungen trotz unausgelasteter Maschinen. Auf der anderen Seite die Senkung unseres Lebensstandards.

Auf der einen Seite explodieren die Ausgaben für gesellschaftlich nutzlose Rüstung. Auf der anderen Seite fehlen Wohnungen und Sozialeinrichtungen.

Kapitalismus

Weder Unvernunft noch pure Bosheit treibt Bosse und Staat zu ihrer härteren Gangart gegen uns. Es ist die Logik der kapitalistischen Krise, die uns für neue Profite immer weitere Opfer aufzwingt.

Männerherrschaft

Was für uns alle die Ausbeutung bedeutet, das bedeutet für die Frauen nocheinmal zusätzlich die Unterdrückung durch die patriarchalische Gesellschaft und die Einkerkelung in die kleinbürgerliche Familienstrukturen.

Die Richtung

Sozialismus

Erforderlich ist eine andere, bessere Gesellschaftsordnung, die die jetzige Krisenlogik überwindet, -

☐ in der die Macht bei der arbeitenden Bevölkerung liegt

☐ in der sich die Frauen von der jahrtausendealten Unterdrückung befreien

☐ in der die demokratischen Rechte und Freiheiten nicht nur respektiert werden, sondern ihre Nutzung auch allen möglich wird

☐ in der frei gewählte und jederzeit abrufbare Räte in aller Öffentlichkeit entscheiden.

☐ in der die staatliche Reglementierung und überkommene Familienstrukturen überwunden werden.

Eine solche, wirklich sozialistische Gesellschaftsordnung gibt es bisher nirgends auf der Welt, auch nicht in der DDR, der UdSSR

oder in der VR-China.

Internationalismus

Oberhausen kann keine sozialistische Insel werden. Die Verwirklichung einer solchen sozialistischen Demokratie, die Lösung der entscheidenden Oberhausener Probleme können weder regional noch national beschränkt bleiben. Reagans "Atomraketen und Kohls "Sparkurs" machen genausowenig halt vor den Stadtgrenzen wie umgekehrt die Geschäfte der Oberhausener Konzerne. Die Halbierung der Löhne durch die Militärjunta in der Türkei haben z.B. für GHH-MAN die Verlagerung von Produktion dorthin einladend und lukrativ gemacht. Kommunalpolitik im Interesse der Lohnabhängigen ist deshalb untrennbar vom weltweiten Kampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Was tun?

Die Überwindung der Krise darf nicht in unverbindlichen Feierabendreden auf den St.Nimmerleinstag verschoben werden. Ansetzend bei den täglichen kleinen und großen Widerstandsaktionen gilt es, die Wolfsgesetze des Kapitalismus zu durchbrechen. Realistische Komunalpolitik bleibt für uns nicht im vorgegebenen ausweglosen Rahmen verhaftet. Die uns zugewiesenen Möglichkeiten ermöglichen gerade keine Durchsetzung der Interessen der überwiegenden Mehrheit.

Indem wir den Ausweg des Sozialismus aufzeigen und erklären, bauen wir in den Kämpfen von heute die Gesellschaft von morgen.

Arbeit

☐ 35-Stundenwoche!

- bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich! Die Reichen sollen ihre Krise zahlen.

- bei Neueinstellungen! Denn tausende suchen in Oberhausen einen Arbeitsplatz.

- bei festgelegten Arbeitsbedingungen! Damit wir nicht durch verstärkte Antreiberei und Hetze die gleiche Leistung bringen müssen,

wie vorher in 40 Stunden.
Arbeitszeitverkürzung, bis alle Arbeit haben! Verteilung der Arbeit auf alle Hände!

☒ Vergesellschaftung der Stahlindustrie
- einschließlich des Kapitals, der Betriebe und des Grundbesitzes der gesamten Branche!
Wir wollen nicht nur die Bereiche mit den roten Zahlen, um sie ein weiteres Mal mit Steuergroschen hochzupäppeln.
- nur symbolische Entschädigung! Denn nicht mit Geldscheinen oder Schecks, sondern ein-



Peter Bartelheimer
35 Stunden sind genug

isp-Verlag, Postfach 11 10 17
6000 Frankfurt am Main 1.
ISBN 3-88332-059-5
88 Seiten, 8,- DM

zig und allein mit der Knochenarbeit der Kolleg/inn/en wurden sie errichtet.
- mit Arbeitsplatzgarantie, erhöhten Ausbildungsquoten, 35-Stundenwoche, Umstellung der Rüstungs- und AKW-Produktion auf zivile Güter! Diese Forderungen können die Stahlarbeiter nur selbst durchsetzen und überwachen. Darum
- Volles Einspruchsrecht bei Entlassungen! Kontrolle und Entscheidung über die Arbeitsbedingungen! Uneingeschränkte Einsicht in die Geschäftsbücher, um die tatsächliche Situation offenzulegen!

Frieden Weg mit den Atomraketen! Raus aus der NATO! Keine Waffen- und Munitionstransporte durch die "atomwaffenfreie Zone Oberhausen"! Keine Verlängerung der Wehr- bzw. Zivildienstzeit auf 18 bzw. 24 Monate! Kommunale Mittel ohne politische Bedingungen für konkrete Projekte in Nicaragua! Waffen für El Salvador!

Einwanderer Volle politische, rechtliche und soziale Gleichstellung! Volles und uneingeschränk-

tes Wahlrecht auf allen Ebenen! Selbstständiges Aufenthaltsrecht für Immigrantinnen! Freies Wohnrecht für Asylsuchende und Auszahlung ihrer Unterstützung in bar!

Frauen Vollständige Streichung des §218! Ausreichend selbstverwaltete Kindergärten, Kantinen und Wäschereien aus staatlichen Mitteln, um die Vergesellschaftung der Hausarbeit zu ermöglichen!

Jugend Ausbildungs- und Übernahmepflicht in allen Oberhausener Großbetrieben! Außerbetriebliche Lehrwerkstätten unter Kontrolle der Auszubildenden und Gewerkschaften!

Gewalt Kampf der Ausländerhetze und den sich formierenden neuen Faschisten! Selbstverteidigung gegen Schlägertrupps, Vergewaltiger und die Rollkommandos der Polizei, z.B. bei Hausbesetzungen, Demonstrationen und Streiks!

Den Widerstand organisieren!

Auf der Straße Allen denen zum Trotz, die kleinmütig oder verzweifelt die Flinte schon ins Korn geworfen haben: Auch in Oberhausen bewegt sich etwas. Unübersehbares Zeichen dafür - am 30.8.83 demonstrierten weit über 10 000 gegen die Schließung der TNO-Grobblechstraße. Wiederholt beteiligten sich tausende an den lokalen und bundesweiten Mobilisierungen der Friedensbewegung. Wenige Tage nach der brutalen US-Invasion auf Grenada protestierten rund 300 mit einem Fackelzug.

DGB Diese Fortschritte



müssen weiterentwickelt werden. Allein in der IGM organisieren sich am Ort 16 000. Gerade unter den aktiven Gewerkschaftern nimmt die Kritik an sozialpartnerschaftlichen Lösungsversuchen zu, wie die Bereitschaft, sich an kämpferischen Aktionen zu beteiligen. Ohne sie bleiben wir zu kraftlos, um unseren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

SPD

Es ist notwendig, in den Gewerkschaften wie in der Friedensbewegung eine klassenkämpferische bzw. sozialistische Strömung aufzubauen. Ohne einen solchen organisierten Zusammenhang drohen alle Aktionen - z.B. die Demo am 30.8.83 - unter Kontrolle der SPD ergebnislos zu verpuffen. Gleichzeitig darf niemand von Aktionen für gemeinsame Ziele ausgeschlossen werden. Im Gegenteil: Weil die SPD heute Masseneinfluß hat, müssen wir die Sozialdemokraten samt ihrer SPD-Führung zur Aktionseinheit mit klassenkämpferischer Stoßrichtung zwingen. Nur in der gemeinsamen Aktion wird die Masse der Kolleg/inn/en die

Erfahrung machen, wer sich am besten für ihre Interessen einsetzt.

Solidarität

Erfolglos bleiben alle Aktionen aber, wenn sie sich Stadt gegen Stadt, Standort gegen Standort, gegen die belgischen Stahlarbeiter oder die "Unruheherde" in den unterentwickelten gehaltenen Ländern ausspielen lassen. Wir dürfen uns nicht "für Oberhausen" vor den

Karren der ortsansässigen Geschäftemacher spannen lassen. Die Freiheitskämpfer in El Salvador, die demonstrierenden Kollegen der Solidarnosc, die streikenden Arbeiter in London und Lüttich, sie alle stehen uns näher als die großen und kleinen Geschäftsleute der Oberhausener City.

Die 35-Stundenwoche muß gemeinsam auf europäischer Ebene erkämpft werden. Die US-Offensive muß weltweit gestoppt werden. Eine sozialistische Alternative wird nur glaubwürdig in der praktischen Solidarität auch mit der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR und mit dem Widerstand der Solidarnosc gegen die polnischen Militärs.

Sackgassen und Irrwege

Von CDU wie FDP haben die Lohnabhängigen und ihre Familien sowieso nichts als Lügen und schlechte Ratschläge zu erwarten.

Sozial-partnerschaft Die SPD versucht unverdrossen, die Aussöhnung der Gegensätze zwischen den Unternehmern und der Arbeiterklasse zu predigen. Für die "Bunte Liste" existiert dieser Gegensatz anscheinend gar nicht mehr. Sie verbreitet in ihren Erklärungen den Grundton: "Wir sitzen in

Oberhausen alle in einem Boot." Ebenso könnten sie den Frauen vorschlagen, sich mit ihren Vergewaltigern an einen Tisch zu setzen, um über die Beseitigung der männlichen Gewalt zu beraten. Die von ihnen geforderte partnerschaftliche Zusammenarbeit von Stadt, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden läßt für unsere Interessen nur Schlechtes erwarten. Für Sozialisten ist eine klare Absage an so gefährliche Be-Trugbilder unverzichtbar.

Parlamentarismus

Die "Bunte Liste" verspricht, über sie könnten sich die Einwohner unmittelbar an Ratsentscheidungen beteiligen. Doch auch im "gläsernen Rathaus", für das einige mit begeisterten Worten werben, werden die Westen der Politiker nicht mehr weiß.

INPREKORR

Nr. 159 soeben erschienen

aus dem Inhalt:

Einheit der PLO in Gefahr... Bilanz des Generalstreiks in Belgien... Die Wahlschlappe des Peronismus in Argentinien... Die Pseudoreform der Abtreibung in Spanien... Nationale Unruhen in Pakistan... Trotzistische Betriebsarbeit bei Volvo in Schweden... Geschichte der KP der Philippinen... Trotzisten in Venezuela nehmen an Wahlen teil...

Nr. 160

Wahrscheinlich darin enthalten:

Lage in Chile... Landwirtschaft in China... Offensive der Frauen in Kanada... Streiks in den Niederlanden... Teilung Zyperns... Die ewige Volksfront in Finnland... Sri Lanka nach den Massakern... CND-Kongreß in Großbritannien... Ströbners Sessel in Paraguay wackelt...

"In den Zielen unserer Politik müssen die Bürger ihre eigenen Sorgen und Hoffnungen wiederentdecken können. Sie müssen den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Politik und ihren Alltags-sorgen nachvollziehen und erleben können, Das ist die Chance der Kommunalpolitik."

Aus: Entwurf des Kommunalprogramms
der Oberhausener SPD

Liebe SPD, wir erleben diesen Zusammenhang: Eure alltägliche Politik macht unsere Sorgen.

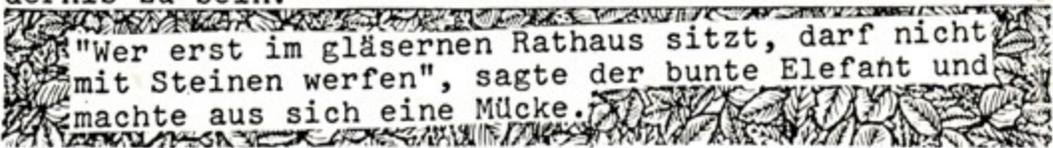
Unmittelbar und verbindlich sind einzig die Weisungen der Bundes- und Landesregierung und der Unternehmer und ihrer Verbände hinter ihnen. Die Kommunen sind nicht die Keimzellen der Demokratie, sondern allerletztes Glied im bürgerlichen Staat. Wir würden uns an diesem letzten Glied unserer Ketten die Zähne ausbeißern, wenn wir uns selbst darin einbinden ließen und uns an der Ausführung kommunaler Aufträge beteiligen.

Tribüne

Etwas völlig anderes: die vielfältigen Aktivitäten auf der Straße und in den Betrieben als sozialistische Politik verlängern auf ein weiteres Widerstandsfeld in den Stadträten und Parlamenten. Nicht um mitzuentcheiden, sondern um die bürgerliche Politik dort anzuprangern, sie zu erklären und um SPD und Grüne auch dort zu zwingen, Farbe zu bekennen.

Was wir wollen

Gemeinsame Aktionen mit sozialistischer Stoßrichtung müssen organisiert werden. Zur endgültigen Lösung der brennenden Probleme ist der Griff nach der Macht durch die Arbeiterklasse, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates - eine sozialistische Revolution also - unumgänglich. Dafür setzen wir uns ein. Auf dem Weg dorthin scheint uns die "Bunte Liste" nicht nur ein Umweg, sondern ein Hindernis zu sein.


"Wer erst im gläsernen Rathaus sitzt, darf nicht mit Steinen werfen", sagte der bunte Elefant und machte aus sich eine Mücke.